

Spielberger

POSTWURFSSENDUNG
im Sinne des Parteiengesetzes
RM 19A041806E



Nachrichten

Nummer 49, Juni 2020

Gemeindezeitung der KPÖ

KPÖ

Informationsblatt der Steirischen KPÖ Österreichische Post AG/ Postentgelt bar bezahlt RM 19A041806 E, Aufgabe PA: 8720

Der Lärm im Murtal ist oft unerträglich! Erhöhung der Lärmbelastung nicht hinnehmen!



Seit längerer Zeit weist die KPÖ drauf hin, dass eine massive Ausweitung des Flugbetriebs der Eurofighter und der damit verbundenen Lärmbelastung droht. Das hat das Bundesheer in der Einwendung gegen den Bau der Spielberger Kinderkrippe angekündigt.

Wir haben alle PolitikerInnen der Region aufgefordert dagegen aktiv zu werden. Nun wurde auch in den Medien berichtet, dass sich die Menschen

im Murtal auf noch mehr Fluglärm einstellen müssen. Das darf nicht hingenommen werden!

KPÖ und SPÖ haben in einem gemeinsamen Antrag das Verteidigungsministerium aufgefordert nicht nur keine weitere Lärmbelastung des Murtals durch den Betrieb der Eurofighter vorzunehmen, sondern auch den bereits bestehenden Fluglärm, der oft unerträglich ist, zu reduzieren. Die FPÖ stimmte im Gemeinderat gegen diesen Antrag. Die ÖVP forderte als Zusatz das Bekenntnis zur Kaserne Zeltweg.

Lärm ist nicht nur eine Gefahr für die Gesundheit, durch die Ausweitung der Lärmzonen wird die Entwicklung unserer Region behindert. Denn auf immer mehr Flächen werden die Lärmgrenzwerte überschritten und deshalb sind viele Projekte nicht mehr durchführbar.

In Zeiten von Corona- und Klimakrise sollten Flüge nicht ausgeweitet, sondern eingespart werden. Unbegreiflicherweise waren

die Eurofighter auch während des Corona-Lockdowns massiv im Einsatz. Eine Eurofighterflugstunde kostet zwischen 70.000 und 80.000 €, eine Flugstunde erzeugt ca. 11.000 kg CO₂.

Seit Jahren fordern wir eine Lärmreduzierung und einen verbindlichen Flugeinsatzplan. Obwohl Lärm, auch durch die Häufung der Lärmquellen (Red-Bull-Ring, Autobahn, ÖBB, Flugbetrieb) ein immer größeres Problem ist, haben sich die Bürgermeister der Murtalgemeinden bisher wenig darum gekümmert.

Nun haben mehrere Bürgermeister erklärt die Ausweitung des Flugbetriebs

nicht hinnehmen zu wollen. Das ist gut so. Die KPÖ wird darauf achten, dass dieses Versprechen an die Bevölkerung des Murtals auch nach den Gemeinderatswahlen noch Bestand hat.



KPÖ sozial - ehrlich - kompetent - konsequent

Lustbarkeitsabgabe: In guten wie in schlechten Zeiten

Der Bürgermeister hat in Hinblick auf die Veranstaltungsausfälle am Red-Bull Ring mehrmals von einem drohenden massiven Einnahmefall bei der Lustbarkeitsabgabe gesprochen.

Wir wollten in der vorletzten Gemeinderatssitzung wissen, ob es Gespräche mit dem Projekt Spielberg gegeben habe. Der Bürgermeister verschob die Beantwortung auf die nächste Sitzung.

Er erklärte aber auch, dass es keinen Vertrag mit dem Projekt Spielberg gäbe, der Vertrag sei „Null und nichtig“. In der letzten Gemeinderatssitzung beantwortete er die Frage dahingehend, dass es zu früh sei etwas über die Höhe der Lustbarkeitsabgabe zu sagen. Die getätigten Aussagen sind uns unverständlich.

Pauschalierungsvereinbarung
betreffend die Lustbarkeitsabgabe für den Red Bull Ring und das dazugehörige Umfeld

abgeschlossen zwischen

Projekt Spielberg GmbH & Co KG
Red Bull Ring Straße 1
8724 Spielberg einerseits

und

Stadtgemeinde Spielberg
Marktpassage 1/B1
8724 Spielberg andererseits

Auszug aus dem Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 25.9.2014

Am 25.9.2014 hat der Gemeinderat - gegen die Stimme der KPÖ - eine Pauschalierungsvereinbarung mit dem Projekt Spielberg beschlossen. Darin wurde ☞

Aus dem Gemeinderat

Obere Birkengasse

Der Gemeinderat hat die Vergabe der Straßenbauarbeiten für die Obere Birkengasse vergeben. Bestbieter war die Firma Hitthaller +Trixl mit einem Anbot über rund 36.000 €.

Grünangergasse, Ackergasse

Nach einer Begehung vor Ort wurde festgestellt, dass bei der Sanierung der Straßen zusätzliche Kosten anfallen werden. Ein Nachtragangebot in der Höhe von rund 8.800 € wurde beschlossen.

Erhöhung Arbeitslosengeld

Der gemeinsame Antrag von SPÖ und KPÖ auf Erhöhung des Arbeitslosengeldes von 55 auf 70 Prozent der Nettoersatzrate ist mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, KPÖ und FPÖ angenommen worden.

☞ für die Lustbarkeitsabgabe eine fixe jährliche Zahlung festgelegt. Wir haben diese Vereinbarung immer kritisiert. Denn die GemeindebürgerInnen müssen ihre Abgaben in voller Höhe bezahlen. Hier wurde eine Sonderregelung für einen Großkonzern beschlossen.

Anscheinend haben die Vertragspartner geahnt, dass diese Pauschalierung nicht gesetzeskonform sein könnte. Denn es wurde auch festgelegt dass, falls sich die Vereinbarung als nicht rechtskonform erweisen sollte, die Abmachungen trotzdem von beiden Seiten eingehalten werden.

Sollte sich entgegen den Erwartungen der Vertragspartner diese Pauschalierungsvereinbarung in der vorliegenden Form nicht als rechtlich durchsetzbar erweisen, verpflichten sich die Vertragspartner, gemeinsam bzw. jeder in seiner eigenen Rechtssphäre sämtliche erforderlichen Rechtshandlungen zu setzen, welche erforderlich sind, um das in dieser Pauschalierungsvereinbarung wirtschaftlich Vereinbarte rechtlich umzusetzen.

Für die Projekt Spielberg GmbH & Co KG
Red Bull Ring Straße 1

Für den Gemeinderat der Stadtgemeinde Spielberg
Marktpassage 1/B1

Aus dem Protokoll vom 24.9.2014 die Verpflichtung sich in jedem Fall an die Abmachung zu halten.

Eine Anfrage der KPÖ an das Land hat dann bestätigt, dass die Vereinbarung nicht der Lustbarkeitsabgabenordnung entspricht. **Sie wurde aber mit Hilfe einer besonderen Konstruktion immer eingehalten.**

Diese Vereinbarung gilt bis 31. Dezember 2020. Nach Abschluss der Vereinbarung kamen Motorrad-GP und das AC-DC Konzert hinzu. Durch diese Vereinbarung gebunden blieb die Höhe der Abgabe trotzdem gleich. Durch diese Pauschalierung hat die Gemeinde über die Jahre auf Millioneneinnahmen verzichtet.

Der Bürgermeister ließ durchblicken, dass es heuer keine, oder eine stark reduzierte Abgabe geben wird, obwohl die Gemeinde ihren Teil der Vereinbarung immer eingehalten und auf die volle Höhe der Steuereinnahmen verzichtet hat. Spielberg ist, wie alle Gemeinden, durch die Corona-Krise in große finanzielle Bedrängnis geraten. Einnahmen sind gerade jetzt wichtig, damit die Gemeinde besser über die Runden kommt.

Hat die Gemeinde zu wenig Geld, drohen den SpielbergerInnen Kürzungen und Verzögerungen bei wichtigen Projekten. Im Gegensatz zu unserer finanziell notleidenden Gemeinde, ist der Eigentümer des Projektes Spielberg, Dietrich Mateschitz, Milliardär. Er gehört zu den 100 reichsten Menschen der Welt und ist seit Jahren der reichste Österreicher. Laut Schätzungen beträgt sein Vermögen rund 23 Milliarden Euro.

Frage nach weiterem Steuernachlass offen

Vor einiger Zeit war in den Medien zu lesen, dass sich der Besitzer der Spielberger Indoor-Karthalle darüber beklagt hat, dass ihm ein Nachlass der Lustbarkeitsabgabe von 50 Prozent versprochen wurde, es seien dann aber nur 30 Prozent geworden.

KPÖ-GR Erich Wilding stellte in der vorletzten Gemeinderatssitzung die Frage, wo dieser Nachlass beschlossen wurde und ob es noch andere Betreiber gäbe, denen ein Steuernachlass gewährt wurde.

Bürgermeister Manfred Lenger antwortete in der letzten Gemeinderatssitzung, dass der Beschluss in der Stadtratssitzung gefasst wurde. **Auf die Frage ob es noch andere Betreiber gäbe, denen ein Steuernachlass gewährt wurde, gab es keine Antwort.**

Hundesackerl

Im Bereich Birkachweg-Höhenstraße gehen sehr viele SpaziergängerInnen mit ihren Hunden. Es besteht der Wunsch nach der Aufstellung eines Spenders für Hundesackerl. **KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding hat das Anliegen eingebracht. Der Bürgermeister sagte eine Prüfung zu.**



**Sozial.
Flauschig.
Für euch.**

Hunter empfiehlt: KPÖ wählen!

Die KPÖ nimmt zu politischen Ereignissen Stellung und ist in vielen Fragen aktiv. Aber selten wird in den Medien darüber berichtet.

Unsere Homepage:
www.kpoe-steiermark.at
Die KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook

Liebe Spielbergerinnen und Spielberger!

Der Lärmterror beginnt wieder

So schlimm die Zeit während der Corona-Maßnahmen auch war, es gab einige positive Seiten. Keine Kondensstreifen am Himmel, bessere Luftwerte und eine wunderbare Ruhe. Es wurde uns erst bewusst wie laut es „normal“ in unserer Region ist.

Eurofighter, ÖBB, Autobahn und wesentlich auch der Red-Bull-Ring sind ein Lärmproblem. Am ersten Wochenende nach der Öffnung der Rennstrecke war Freitag, Samstag, Sonntag und Montag den ganzen Tag über extrem störender Motorenlärm zu hören. Dasselbe auch am Pfingstweekende.

An einem solchen Lärmtag bin ich die Region mit dem Fahrrad abgefahren: Von Knittelfeld bis Apfelberg, Zeltweg und Großlobming, von Spielberg ganz zu schweigen - der Lärm erfüllt große Teil des Murtals. Das wird von vielen als Störung empfunden und macht Erholung oft unmöglich.

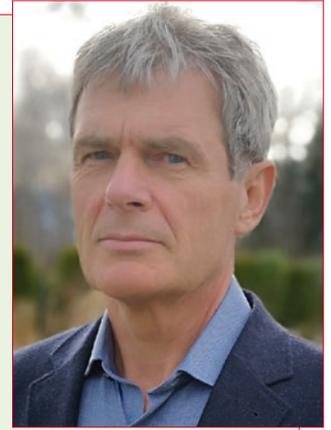
Es hat nicht den Anschein, dass die Ringbetreiber Rücksicht auf die Bevölkerung nehmen. Dabei wäre es - bei gutem Willen - machbar die Belastung zu verringern: Schalldämpfer, weniger kleine Rennen, wären einige der Maßnahmen.

Die Betreiber des Rings haben sich von Beginn an jedes Jahr vom Land Steiermark die Zahlung von zwei Millionen Euro (wertgesichert) an Steuergeldern für Bauten und Veränderungen am Ring gesichert. Für diesen stolzen Betrag müsste die Politik auch Lärmschutzmaßnahmen einfordern.

Die KPÖ hat den Lärm schon oft im Gemeinderat zum Thema gemacht. Sehr lange wurde das ignoriert. Dass sich nun einige Bürgermeister gegen eine Ausweitung des Fluglärms ausgesprochen haben, und dies in den Gemeinderäten Thema war, ist nicht nur der Gemeinderatswahl geschuldet. Sicherlich spielt auch der Druck aus der Bevölkerung eine Rolle.

In vielen Gesprächen klagen Menschen über die hohe Lärmbelastung. Aber nur wenn diese Klagen nicht nur in Privatgesprächen, sondern auch gegenüber PolitikerInnen und der Öffentlichkeit geäußert werden, besteht die Chance „Gehör zu finden“. Nicht Lärm, sondern Ruhe sollte der „Normalzustand“ in unserer Region sein meint Ihr...

...KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding
E-Mail: erich.wilding@hotmail.com



Rechnungsabschluss des Jahres 2019: Die Gemeinde braucht mehr Einnahmen!

Im ordentlichen Haushalt wurde bei Einnahmen von rund 12,05 Mio. Euro ein Überschuss von rund 140.000 Euro erzielt. Der außerordentliche Haushalt war mit rund 2,25 Mio. Euro ausgeglichen. Der Schuldenstand lag bei rund 10,7 Mio. Euro. Zum Vergleich die Gemeinde Knittelfeld hat mit ordentlichen Einnahmen von rund 36 Mio. Euro einen Schuldenstand von rund 10 Mio. Euro.

Erklärung von KPÖ-GR Erich Wilding zum Rechnungsabschluss



Der Rechnungsabschluss ist immer eine Abrechnung des Vergangenen und kann im wesentlichen nicht verändert werden, aber er kann analysiert und bewertet werden um daraus Schlüsse zu ziehen,

welche Verbesserungen in Zukunft möglich wären.

Für die KPÖ sind es im wesentlichen nicht die Ausgaben die zu kritisieren sind. Diese wurden zum Großteil einstimmig beschlossen. Was wir allerdings kritisch sehen sind der Schuldenstand und die fehlenden Einnahmen.

Es ist zwar gelungen die Schulden zu stabilisieren, aber leider auf Kosten der notwendigen Sanierung der Infrastruktur. In den letzten Jahren wurden Sanierungen durch Kreditaufnahmen bedeckt. Wie sich aktuell zeigt, sind Schulden im Falle einer Krise besonders problematisch.

Zu den Einnahmen: In der Gemeinderatssitzung wurde ein Antrag der FPÖ zur Aussetzung der Landesumlage beschlossen. Die KPÖ hat diese Abgabe der Gemeinden an das Land schon immer kritisiert und deren Abschaffung gefordert. Das würde für Spielberg ca. 460.000 Euro jährlich ausmachen.

Einnahmenverzicht in Millionenhöhe

Die Einhebung der Lustbarkeitsabgabe liegt im Wirkungsbereich der Gemeinde. Der Pauschalierungsvertrag mit dem Projekt Spielberg hat der Gemeinde einen Millionenbetrag an Einnahmen vorenthalten. Allein die beiden Bereiche Lustbarkeitsabgabe und Abschaffung der Landesumlage hätten uns in der ablaufenden Gemeinderatsperiode geschätzte vier Millionen Euro an Einnahmen gebracht.

Stattdessen zeigt sich das Sittenbild der neoliberalen Gesellschaft: Die Gemeinde kann aufgrund des Schuldenstandes bzw. wegbrechender Einnahmen wichtige Projekte wie Schulsanierungen nicht umsetzen. Aber gleichzeitig können sich die Reichen einen kostenintensiven Motorsport und, wie bei RedBull, eine Formel 1 ohne budgetäre Obergrenzen leisten.

Es ist an der Zeit gemeinsam für Reichen- und Erbschaftsteuern, so wie sie auch von der OECD vorgeschlagen wurden, zu kämpfen und mit diesem Geld die Gemeinden ausreichend zu finanzieren.

Wir haben dem Voranschlag 2019 aufgrund der ungenügenden Finanzierung der Gemeinden nicht zugestimmt und darum lehnen wir auch den Rechnungsabschluss aus diesen politischen Gründen ab.

Österreich: Schlusslicht bei Vermögenssteuer

Im internationalen Vergleich befindet sich Österreich bei der Besteuerung von Vermögen unter den Schlusslichtern.

Unter den OECD-Staaten liegt Österreich mit vermögensbezogenen Steuern von aktuell 1,3 Prozent an vorletzter Stelle, knapp vor Estland. Im OECD-Durchschnitt werden vermögensbezogene Steuern mit 5,7 Prozent besteuert.



Mountainbikestecken: Abgeltung erhöht

Es gibt Bemühungen zur Errichtung von Mountainbikestrecken in unserer Region. Im Gebiet Adlerkuppe und im Bereich Tremmelberg sind zwei Routen geplant. Ursprünglich hat der Gemeinderat eine Abgeltung von 20 Cent pro Laufmeter beschlossen. Dieser Betrag fand nicht die Zustimmung der Grundeigentümer.

Um die Routen dennoch zu ermöglichen hat der Gemeinderat den Grundsatzbeschluss gefasst für die Strecke 36 Cent pro Laufmeter zu bezahlen. Sollten die Radstrecken zustande kommen, erwachsen der Gemeinde Spielberg jährliche Kosten von rund 3.600 €.

In der Diskussion um diese deutliche Anhebung erinnerte KPÖ-GR-Erich Wilding daran, dass die meisten Forststraßen auch mittels Förderungen aus Steuermitteln errichtet wurden. Natürlich muss auf den Schutz der Natur und der Wildtiere geachtet werden. Aber ein gesicherter Zugang der Allgemeinheit zur Natur und zu diesen Wegen muss gewährleistet sein. Hier müsste es verbesserte gesetzliche Regelungen geben.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Erich Wilding
 Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld.



Antrag der KPÖ angenommen: Bettenreduzierungen sind der falsche Weg!

Die Corona-Krise hat uns gezeigt, dass jederzeit Situationen eintreten können, die eine Belastungsprobe für unser Gesundheitssystem darstellen. Österreich hat die Krise auch deswegen besser als andere Länder gemeistert, weil es noch über ein relativ gut ausgebautes, dezentrales Gesundheitssystem verfügt.

In einer Studie der OSZE heißt es: „Die Erfahrungen in China und Italien haben gezeigt, wie wichtig es ist, eine ausreichende Kapazität der Krankenhausbetten sicherzustellen.“ Im Gegensatz zu diesen Erfahrungen sieht der von SPÖ und ÖVP beschlossene „Regionale Strukturplan Gesundheit Steiermark 2025“ (RSG) einen massiven Einschnitt in unserer medizinischen Versorgung vor.

Bis 2025 ist in der Steiermark eine Reduktion um 800 Spitalsbetten geplant. Auch im Bezirk Murtal sollen die Bettenzahlen weiter sinken. Gab es 2009 noch 512 Spitalsbetten, sind es heute noch 450 und sollen es 2025 noch 433 sein. Die Zahl der Intensivbetten ist von 21 auf 18 gesunken, es soll künftig nur noch 17 geben.

Abbau von 15 Ärzteplanstellen

Aber es geht nicht nur die Reduzierung von Spitalsbetten und die Schließung von Krankenhäusern, auch die Anzahl der Ärzteplanstellen soll zusammengekürzt werden. Statt der bisher 63 Planstellen soll es im Murtal künftig nur mehr 48(!) geben.

Als Ersatz sollen drei Primärversorgungseinheiten eingerichtet werden. Dort sollen jeweils zwei bis drei

Antrag der KPÖ

*Der Gemeinderat der Stadtgemeinde
Spielberg möge beschließen:*

Die steirische Landesregierung wird aufgefordert von der Umsetzung des „Regionale Strukturplan Gesundheit Steiermark 2025“ (RSG) Abstand zu nehmen. Ein neuer Strukturplan, der ohne den Abbau von Spitalskapazitäten auskommt, soll unter Einbindung aller Betroffener und politischer Parteien erarbeitet werden.

Der Antrag wurde mit einer Enthaltung angenommen. SPÖ und ÖVP sind im Landtag für den Strukturplan, deshalb hat sich LAbg. Wolfgang Moitzi der Stimme enthalten. Es kommt nun auch darauf an, dass die örtliche SPÖ und ÖVP den Antrag auch ernst nimmt und gegen die Umsetzung mobil macht.

ÄrztInnen tätig sein. Wieso man davon ausgeht, dass zwei bis drei ÄrztInnen in einem Versorgungszentrum das gleiche leisten können wie fünf ÄrztInnen in ihren jeweiligen Einzelordinationen ist uns schleierhaft.

Wir meinen nach den Erfahrungen der Corona-Krise wäre es unverantwortlich den Strukturplan in dieser Form umzusetzen. Es geht um die Gesundheit, aber auch um regionale Arbeitsplätze. Deshalb haben wir den oben genannten Antrag gestellt.

Abfangjäger: Belastung seit Jahrzehnten

Abfangjäger sind im Murtal seit Jahrzehnten Thema. In der 80-Jahren entstand im Aichfeld eine große Bürgerbewegung gegen den Ankauf der Draken. Eine Menschenkette von Knittelfeld nach Zeltweg bildete den Höhepunkt der Proteste.



Gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung wurden die Draken angekauft. Später wiederholte sich das Szenario. Jedoch ging es nicht mehr um den Ankauf von Abfangjägern aus dem neutralen Schweden, sondern um die EU-Armee kompatiblen Eurofighter.

Der Ankauf der Eurofighter war die teuerste militärische Beschaffung der Zweiten Republik und wurde von der Mehrheit der ÖsterreicherInnen abgelehnt. Um den Kauf der Eurofighter zu verhindern entstand bei uns die Bürgerinitiative „Abflug“. Die KommunistInnen des Murtals waren auch dort wieder aktiv.

Von an Beginn stand der Verdacht von Schmiergeldzahlungen im Raum. Trotzdem haben ÖVP und FPÖ den Ankauf durchgedrückt. Vor der Nationalratswahl 2006 hat die SPÖ das Versprechen gegeben aus der Eurofighterbeschaffung auszusteigen. Nachdem die SPÖ nach der Wahl den Kanzler stellte, war dieses Versprechen sofort vergessen.

Inzwischen wissen wir von dubiosen Kompensationsgeschäften und Schmiergeldmillionen auf Kosten der SteuerzahlerInnen. Das Murtal hat die enorme Lärmbelastung, auf die versprochenen Arbeitsplätze durch Kompensationsgeschäfte oder gar den „Luftfahrtcluster“ warten wir bis heute.

Verwirrung um Minex-Gutachten

Wie ernst meinen es die Bürgermeister?

In Zeltweg will die Firma Minex ein Verhüttungswerk bauen. Die „Bürgerinitiative für eine lebenswertes Aichfeld“ ist aktiv geworden, denn sie befürchtet den Ausstoß von Asbestfasern und damit eine Gefahr für die BewohnerInnen unserer Region.

Kurz vor den für März geplanten Gemeinderatswahlen erhielten alle GemeindegliederInnen einen „Luxusbrief“ (ein Brief, umhüllt von farbigem,



vierseitigem Leichtkarton, eingesackt in ein A4 Kuvert) der Bürgermeister von Zeltweg, Fohnsdorf, Judenburg und Spielberg. Darin wurde versprochen die Argumente der Bürgerinitiative „sollten nicht ungehört bleiben.“ und eine „ausführliche Prüfung hinsichtlich der Asbestbelastung für Mensch und Umwelt in Bezug auf das Rohmaterial und den Verarbeitungsprozess in die Wege leiten.“

Das Verwirrspiel beginnt

Darauf hat der Knittelfelder Bürgermeister Harald Bergmann angekündigt, Knittelfeld werde sich an dieser Aktion beteiligen. Dann ist plötzlich von einer Gesteinsanalyse nicht mehr die Rede. Der beidete Gutachter Dr. Robert Sedlacek soll die eingereichten Unterlagen noch einmal überprüfen. Allerdings nur die Verfahrensunterlagen, nicht die Unterlagen der Bürgerinitiative. Die Kosten für das Gutachten sollen rund 32.000 Euro betragen.

In diesem Sinn beschließen die Gemeinden Fohnsdorf und Judenburg je ein Fünftel der Kosten zu übernehmen, unter der Annahme dass Knittelfeld sich beteiligt. Auf Anfrage der Knittelfelder KPÖ-StR. Renate Pacher erklärte Bürgermeister Harald Bergmann allerdings, dass eine Beteiligung von Knittelfeld für ihn nicht fix sei, er wolle das noch diskutieren.

Prüfung aller Unterlagen gefordert

Die Bürgerinitiative machte vehement geltend, dass es unsinnig sei, dass der Gutachter nur Verfahrensunterlagen prüfe, in denen Asbest gar kein Thema sei. Sie erstellte eine Liste von Unterlagen, die unbedingt in die Überprüfung mit einbezogen werden müssten. Von der Bürgerinitiative kam auch die Kritik, dass sie von den Bürgermeistern von Zeltweg, Spielberg, Fohnsdorf und Judenburg nicht kontaktiert und in keiner Weise eingebunden wurde.

KPÖ, ÖVP und FPÖ haben sich im Spielberger Gemeinderat dafür eingesetzt, dass diese Unterla-

gen Eingang in die Prüfung finden. Der Spielberger Gemeinderat hat einstimmig beschlossen, dass diese Unterlagen **zwingend** mit zu untersuchen sind. Der Bürgermeister Manfred Lenger erklärte, er werde sich dafür einsetzen, dass auch in Zeltweg ein Beschluss in diese Richtung gefasst werde.

Unterschiedliche Beschlüsse

Am nächsten Tag dann die böse Überraschung in Zeltweg. Der Zeltweger Gemeinderat lehnte den Antrag der Grünen Bürgerliste die Unterlagen der Bürgerinitiative einzubeziehen mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP



ab. Auch der Hinweis vom Zeltweger KPÖ-GR Peter Lorberau, dass Spielberg beschlossen habe, dass diese Unterlagen zwingend einzubeziehen seien und Spielberg damit ein Gutachten ohne diese Unterlagen gar nicht mitfinanzieren könne, verhallte ungehört.

Offensichtlich funktioniert die Kommunikation der Bürgermeister untereinander nicht. Fohnsdorf, Zeltweg, Judenburg und Spielberg gehen davon aus, dass Knittelfeld mitmacht, was ungewiss ist. Zeltweg lehnt die Aufnahme von Unterlagen ab, obwohl das für Spielberg eine zwingende Voraussetzung ist.

Am Schlimmsten ist, dass kein Gespräch mit der Bürgerinitiative gesucht wurde, obwohl diese höchst aktiv ist, mehr als 3.000 Unterschriften gesammelt und mehrere sehr gut besuchte Informationsveranstaltungen durchgeführt hat. Das zeigt, wie viele Menschen besorgt sind.

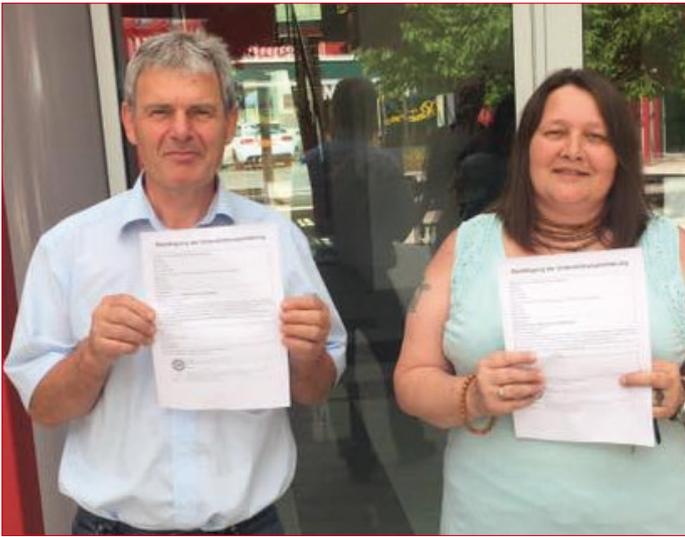
Nach all diesen Vorkommnissen stellt sich die Frage wie ernst die Bürgermeister die Ängste der Bevölkerung überhaupt nehmen? Es sieht so aus, als ob sie sich vor den Gemeinderatswahlen genötigt sehen Aktivitäten zu starten, die nach den Wahlen schnell wieder vergessen sind.

**Sprechstunde
mit Sozialberatung**

**KPÖ-STR. Renate Pacher
und DSA Karin Gruber**

Mittwoch, 1. Juli

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr,
Vor Anmeldung: 03512/ 82240



**Die KPÖ-GemeinderätInnen
Erich Wilding und Petra Lorberau**

Jetzt Klimaschutz- und Tierschutz- volksbegehren unterstützen!

Solange nur Profite zählen bleiben Menschen und Umwelt auf der Strecke, darum ist es wichtig jetzt das **Klimavolksbegehren** zu unterstützen.

Verpflichtende Transparenz bei Lebensmitteln, schärfere Gesetze zum Tierschutz und neue Verteilung von Förderungen und Steuergeldern, die tier- und klimafreundlicher Landwirtschaft zugute kommen, sind zentrale Forderungen des **Tierschutzvolksbegehrens**.

Die KPÖ hat beide Volksbegehren schon in der Einleitungsphase unterstützt. Nun läuft die Eintragungswoche.

Unterscheiden kann man noch bis 29. Juni auf jedem Gemeindeamt und auf bmi.gv.at.

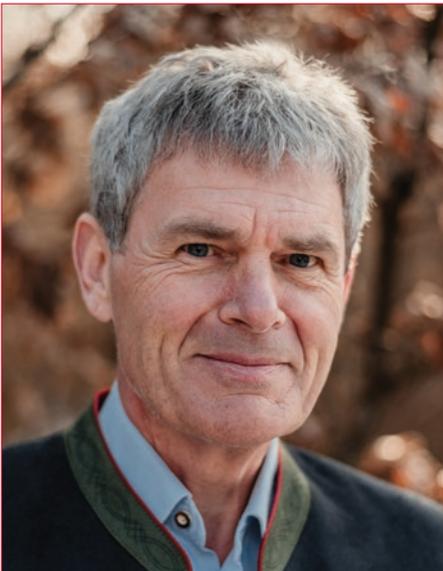
Gemeinderatswahl am 28. Juni

Liebe Spielbergerinnen und Spielberger!
Das erste Mal in der Geschichte der Steiermark wurden Gemeinderatswahlen verschoben. Die Liste der KandidatInnen bleibt unverändert.

Wir meinen es ist wichtig im Gemeinderat eine Partei zu haben die kritisch ist und zu ihrer Meinung steht.

Unsere KandidatInnen

1. GR Ing. Erich Wilding, geb. 1962, Angestellter
2. GR Petra Lorberau, geb. 1973, Hausfrau
3. Bianca Weber, geb. 1976, Schulassistentin



**Auf keinen
Menschen
vergessen!**

Soziales darf nicht untergehen! KPÖ

**Wir ersuchen um
Ihr Vertrauen!**

KPÖ Liste 5





Spielberger
Nachrichten
Gemeindezeitung der KPÖ

KPÖ

Auf keinen Menschen vergessen!

Soziales darf nicht untergehen!

GR. Ing. Erich Wilding – KPÖ

Liebe Spielbergerinnen und Spielberger!

Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Existenzsorgen. Viele Menschen durchleben gerade schwere Zeiten. Sie haben vielleicht gerade keinen Kopf für die Gemeinderatswahlen. Dennoch ist es nicht egal, welche Parteien im Gemeinderat vertreten sind.

Das Motto: **„Auf keinen Menschen vergessen - Soziales darf nicht untergehen!“**, ist unsere Leitlinie. In Krisenzeiten ist das besonders wichtig. Jetzt ist die Gefahr groß, dass viele Menschen schlechter gestellt werden und soziale Anliegen auf der Strecke bleiben.

Die KPÖ ist weder Konzerninteressen noch Lobbygruppen verpflichtet. Wir wollen eine menschliche, soziale, lebenswerte und solidarische Welt. Wir sagen was wir denken und stehen zu unseren Überzeugungen. Dinge die nicht in Ordnung sind sprechen wir kompromisslos an und machen Vorschläge für Veränderungen.

Das haben wir in der Vergangenheit gezeigt, und in diesem Sinne wollen wir auch weiterarbeiten - falls Sie uns Ihr Vertrauen schenken.

Ich ersuche Sie, bei der Gemeinderatswahl am 28. Juni der KPÖ Ihre Stimme zu geben.

Wilding Erich

KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding

Was uns wichtig ist:

- Genügend Geld für die Gemeinden
- Leistbare Gebühren
- Nein zur jährlichen automatischen Gebührenerhöhung
- Nein zu PolitikerInnenprivilegien
- Für Steuergerechtigkeit
- Maßnahmen gegen Lärmbelastung
- Erschwingliche Wohnungen
- Ausreichende medizinische Versorgung
- Kein Gewinnstreben in der Pflege
- Keine Privatisierungen
- Öffentlicher Raum für Jugendliche
- Optimale Kinderbetreuung
- Attraktive Kinderspielplätze
- Nein zur Airpower
- Nein zu Aufrüstung und Krieg
- Ja zu Frieden und Neutralität
- Echte Gleichberechtigung
- Toleranz und Menschlichkeit
- Umwelt- und Klimaschutz
- Eindämmung der Bodenversiegelung
- Effektiver Tierschutz
- Helfen statt Reden

KPÖ Auf keinen Menschen vergessen!